

Ulla Jelpke

- (A) Aus unserer Sicht handelt es sich bei dem Konstruktionsfehler der Programme nicht um ein Versehen – Herr Rix, Sie haben ein wenig versucht, es so darzustellen –, sondern um das Ergebnis einer politischen Entscheidung. Die alten Bundesprogramme waren zumindest der Unionsfraktion schon immer ein Dorn im Auge. Meine Damen und Herren von der Union, es geht Ihnen offensichtlich darum, die staatliche Definitionsmacht und die Kontrolle über alle Aktivitäten im Bereich der Programme zur Bekämpfung von Rechtsextremismus zurückzuerlangen.

(Katharina Landgraf [CDU/CSU]: Wenn Sie wüssten, wie ein Kreisrat funktioniert! Das ist doch keine staatliche Definitionsmacht!)

– Frau Landgraf, ich erinnere Sie daran, dass die Projekte in der Tat unabhängig waren und dass auch unbequeme Tatsachen zur Sprache gebracht wurden. Das hat Sie offensichtlich gestört.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Wenn man dem ungeliebten Thema Rechtsextremismus schon nicht ausweichen kann – das war lange Zeit Ihr Ziel; oft genug wurde das Thema verharmlost und bagatellisiert –, dann wollen Sie im Moment wenigstens die Kontrolle darüber haben, was von den Projekten thematisiert wird. Ich möchte deutlich sagen: Es ist falsch – Sie haben das versucht –, den aktiven Antifaschismus als Extremismus abzutun. Wir lehnen das konsequent ab.

(Beifall bei der LINKEN)

- (B) Auch im Zusammenhang mit der Etablierung von Beratungszentren erkennen wir diesen Ansatz: eine Form der staatlichen An- und Einbindung, die die Arbeit gegen die extreme Rechte eher behindern wird.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegin Jelpke, Sie müssen bitte zum Schluss kommen.

Ulla Jelpke (DIE LINKE):

Glauben Sie im Ernst, dass Polizei in Jugendklubs die einzige Möglichkeit ist, Jugendliche vor Nazis zu schützen?

Am Ende möchte ich noch einmal sehr deutlich sagen, dass Geld für den Kampf gegen den Rechtsextremismus gebraucht wird. Es braucht vor allem unabhängige und unbequeme Initiativen, die nicht am staatlichen Gängelband hängen. Dieses Ziel wird in der Mehrzahl der vorgelegten Anträge verfolgt, und deswegen werden wir sie unterstützen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Monika Lazar [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun die Kollegin Monika Lazar das Wort.

Monika Lazar (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

(C) Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie wir in den vorherigen Redebeiträgen schon gehört haben, sind – darin sind wir uns wahrscheinlich einig – der Kampf gegen Rechtsextremismus und das Engagement für Demokratie zwei Seiten einer Medaille. So müssen wir mit diesem Thema umgehen.

Allerdings lässt die Umsetzung der beiden Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus einige demokratische Prinzipien vermissen. Das wurde auch in der Anhörung der grünen Bundestagsfraktion vor einigen Tagen deutlich. Engagierte Leute aus der Praxis, aus Initiativen und Verwaltungen berichteten dort von ihren Erfahrungen und zeigten wichtige Veränderungen auf. Natürlich kann noch kein abschließendes Urteil gefällt werden. Jedoch wurden einige Probleme benannt. Neonazis agieren im eigenen Umfeld. Genauso kleinteilig müssen auch wir agieren. Am besten ist es, wenn dies in unabhängigen, flexiblen Projekten vor Ort geschieht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(D) Diese haben aber als Modellprojekte im Programm „Vielfalt tut gut“ fast keine Chance auf Förderung. Dort wird nämlich kein Antrag bearbeitet, der nicht schon 50 Prozent Kofinanzierung beinhaltet. Das bedeutet, nur wer politisch genehm ist, kann auf Kofinanzierung hoffen. Außerdem konkurrieren viele Projekte um dieselben Geldtöpfe. Manche kleinen Träger, insbesondere ehrenamtlich arbeitende, mussten ihre Arbeit schon einstellen oder haben sich angepasst – auf Kosten der Inhalte. Wer es trotz der Hürden schafft, sich ins Spiel zu bringen, schlägt sich zunächst mit einer ausufernden Antragsbürokratie herum. Projektinhalte bleiben meist wochenlang auf der Strecke. Statt sie zu bearbeiten, wächst der Aktenstapel.

Im Bereich des anderen Bundesprogramms, im Bereich der mobilen Beratung und Opferberatung, wird der Fokus neuerdings auf kurzfristige Krisenintervention gelegt. Langfristige Förderung ist nicht mehr möglich, obwohl gerade das wichtig wäre. Das hat schwerwiegende Folgen für Opfer rechter Gewalt; denn Ansprechpartner und Sachverstand gehen verloren. In Sachsen gab es zum Beispiel bis Anfang dieses Jahres die Opferberatungsstelle AMAL, eine regional vernetzte Anlaufstelle mit Büros in den Brennpunkten Wurzzen und Görlitz. Jetzt werden diese Büros abgewickelt, weil sie keine Förderung mehr erhalten. Beratungssuchende müssen nun in die großen Städte Dresden, Leipzig und Chemnitz fahren, um dort Hilfe zu bekommen.

Praktiker berichten auch, dass beim Interventionsprogramm die staatlichen und zivilgesellschaftlichen Stellen schwer kompatibel sind. Wenn das der Fall ist, erfahren die Beratungsstellen von den aktuellen Fällen aus der Zeitung und gehen der Sache nach. Aber es läuft doch etwas falsch, wenn die Berater erst in die Zeitung schauen und dann beim Ministerium anrufen müssen, um zu fragen, ob sie aktiv werden können.

Was wir brauchen, ist eine fundierte, abgestimmte Strategie von Bund und Ländern für eine Demokratisierung des Alltags.

Monika Lazar

- (A) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Die Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus müssen weiterentwickelt werden, das heißt mehr Beteiligungsrechte, mehr strukturelle Gleichberechtigung und mehr Chancen, insbesondere für kleine, unabhängige Träger. Denn nur auf Augenhöhe können Zivilgesellschaft und Verwaltung gemeinsam etwas erreichen. Darauf muss es uns allen ankommen.

Schönen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Gert Winkelmeier.

Gert Winkelmeier (fraktionslos):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Land Norwegen hat Anzeige gegen die Modemarke Thor Steinar erstattet, weil man verhindern will, dass die norwegische Flagge weiterhin Kleidung ziert, die besonders gerne von Rechtsextremisten getragen wird. Über diese Anzeige muss jetzt die deutsche Justiz entscheiden. Sie hat aber schon in der Vergangenheit merkwürdige Entscheidungen auf diesem Gebiet getroffen. Ich erinnere nur daran, dass Anstecker mit einem durchgestrichenen Hakenkreuz als verfassungsfeindlich eingestuft wurden. Erst der Bundesgerichtshof hat vorherige Entscheidungen korrigiert.

- (B) (Sönke Rix [SPD]: Letztlich hat der Kläger aber gewonnen!)

– Ich habe es ja gerade erwähnt.

Einen Zickzackkurs gibt es auch bei der Forderung nach dem NPD-Verbot. Mal heißt es „ja“, mal heißt es „nein“, mal heißt es „vielleicht“. Das ist alles andere als zielführend. Es ist mangelnde Konsequenz im Umgang mit Faschisten, die man Verantwortlichen, ob in der Politik oder in der Justiz, vorwerfen muss. Es fehlen auch Analysen und langfristige Strategien zur politischen Auseinandersetzung.

Nun zu den vorliegenden Anträgen. Die Akteure müssen in einer Demokratieoffensive vernetzt sein, damit das Zusammenwirken aller Demokraten zivilgesellschaftliche Wirkung entfaltet; denn nur dann, wenn alle an einem Strang ziehen, besteht Aussicht auf Erfolg, darauf, dass den Rassisten wirksam das Handwerk gelegt wird.

Dann muss die Regierung aber auch konsequent handeln. Auf der einen Seite stockt sie die Gelder für den Kampf gegen den Rechtsextremismus um 5 Millionen Euro auf 24 Millionen Euro auf – das ist in Ordnung; das ist sehr gut –; auf der anderen Seite aber lässt sie nicht zu, dass unabhängige Initiativen, die seit Jahren eine erfolgreiche Arbeit gegen den Rechtsextremismus leisten, diese Gelder beantragen können. Die Bundesregierung ruft also zum zivilgesellschaftlichen Engagement auf, um es durch ihre eigenen Vorgaben indirekt wieder zu

verhindern. Das ist absurd. Damit wird letztendlich die antifaschistische Arbeit verbürokratisiert. (C)

Warum sind denn nach dem Willen der Bundesregierung nur Kommunen berechtigt, Anträge auf Förderung von Projekten gegen rechts zu stellen, warum nicht auch freie Träger? Wollen Sie die Kontrolle behalten, indem Sie die Abläufe verstaatlichen?

(Katharina Landgraf [CDU/CSU]: Sind wir die Kommunen?)

Auch das ist absurd. Um in Ihrer Sprache zu bleiben: Sie fordern, aber Sie fördern nicht.

Das Bündnis für Demokratie und Toleranz hat noch im Jahr 2006 darauf beharrt – ich zitiere –:

Im 2007 neu anlaufenden Bundesprogramm „Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ ist in Säule 1 (Entwicklung integrierter lokaler Strategien) ein gleichberechtigtes Antragsrecht für die sog. Gebietskörperschaften und die freien Träger zu verankern.

Warum hören Sie nicht auf Ihre eigenen Experten? Die haben doch gute Gründe für ihre Einschätzungen.

Es muss darum gehen, wie die Arbeit, besonders die Arbeit der mobilen Opferberatungen und Netzwerkstellen, kontinuierlich und langfristig gesichert werden kann.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Winkelmeier, kommen Sie bitte zum Schluss. (D)

Gert Winkelmeier (fraktionslos):

Ich komme zum Schluss.

Modellprojekte sind wichtig, aber langjährige antifaschistische Erfahrung und Kontinuität sind es ebenfalls.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die SPD-Fraktion hat nun der Kollege Niels Annen das Wort.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Niels Annen (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte gern noch etwas zu der Grundphilosophie unserer Programme sagen. In diesem Hause ist häufig und zu Recht davon die Rede, dass der Staat dafür verantwortlich ist, seinen Bürgerinnen und Bürgern Sicherheit zu garantieren und auch ein Sicherheitsgefühl zu vermitteln. Wenn der Rechts- und Linksextremismus in einen Topf geworfen werden, wie das hier geschehen ist – wenn auch nur in Nebensätzen –, dann darf man einmal auf Folgendes hinweisen: Es gibt in Reiseführern über Deutschland keine Warnungen für Menschen mit dunkler Hautfarbe oder ausländischem Hintergrund, bestimmte Regionen in unserem Land zu besuchen. Was